

Gymnasien sind keine Inseln linker Glückseligkeit

Kaum irgendwo gilt das Leistungsprinzip stärker als an Gymnasien. Kantonsschulen sind nicht links, sie sind allenfalls linksliberal – und befähigen durchaus zu kritischem Denken, **findet Andreas Fannin**

Zu wenig neutral sei der Unterricht an Mittelschulen. Je weiter rechts sich Gymnasiastinnen und Gymnasiasten einschätzten, desto unwohler fühlten sie sich, ihre Meinung zu äussern, so der Befund einer Maturaarbeit dreier Jungfreisinniger im Kanton Aargau. Die Politik geht nun diesem Vorwurf nach und hat eine Studie in Auftrag gegeben. Sie dürfte das erhoffte Ergebnis liefern. Die Lehrerschaft an Gymnasien steht linksliberalen Ideen wohl tatsächlich näher als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung in der bürgerlich dominierten Schweiz.

Es wäre jedoch ein Fehlschluss anzunehmen, Gymnasien seien Inseln einer linken Glückseligkeit, auf denen sich die Klimajugend vor allem mit Gendersternen und Selbstfindung beschäftige. Das Umfeld, in das Gymnasien eingebettet sind, ist von fundamentaler Bedeutung, es als «links» zu bezeichnen, wäre zynisch: Schon Vierzehnjährige spüren den Druck, Überdurchschnittliches leisten zu müssen. Vor allem Sprösslinge aus Akademikerfamilien besuchen Gymnasien, es gilt das Leistungsprinzip, möglichst individuell soll das Potenzial der Jugendlichen maximal ausgeschöpft werden. Die linksliberale Pädagogik der Gegenwart findet in einer vom Leistungsgedanken durchdrungenen Umgebung statt. Laufend wird vermessen und optimiert.

Zugleich besteht Raum, um über gemeinsam als links taxierte Themen wie Ökologie, Rassismus oder Gleichstellung der Geschlechter zu diskutieren. Dies sind nicht zuletzt Inhalte, die durch die Neue Linke seit den siebziger Jahren gesellschaftliche Dringlichkeit erlangt und Eingang in die Lehrpläne gefunden haben.

Auch wenn ihr Einfluss begrenzt bleibt, sind Schulen für ein Gemeinwesen das wohl wichtigste Mittel, um Ideale und Vorstellungen seiner Angehörigen zu prägen. Der Lehrerschaft fällt die Aufgabe zu, die bestehenden Verhältnisse zu legitimieren oder zumindest nur partiell infrage zu stellen. Dies führt

dazu, dass Lehrpersonen über Themen wie Klimawandel oder Diskriminierung diskutieren können, da diese die Fundamente des liberalen Staates nicht infrage stellen. Eine dezidiert linke Positionierung jenseits von Umweltthemen oder Identitätspolitik wäre aus staatspolitischer Perspektive problematisch. Somit wird auch deutlich, dass zwischen einer linksliberalen und einer linken Pädagogik unterschieden werden muss: Erstere ist Teil des Mainstreams, Letztere eindeutig nicht.

Die Konturen der herrschenden Pädagogik treten im Vergleich mit möglichen Alternativen noch deutlicher hervor. Bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts zielte das Schulwesen darauf ab, vaterländisch gesinnte, disziplinierte Schüler und gute Hausfrauen zu erziehen. Beispielsweise definierte die «Schweizerische Lehrerzeitung» 1960 die schlichte «Vaterlandsliebe» als Ziel des Geschichtsunterrichts. Die Erziehung zur Wehrhaftigkeit in der Tradition der Geistigen

Landesverteidigung, wie sie das national-konservative Lager gern sähe, ist nach den Schäden, die der Nationalismus in Europa im 20. Jahrhundert angerichtet hat, nicht mehr opportun.

Seit der Bundesstaatsgründung von 1848 waren Bildung und Aufklärung zentrale Pfeiler des liberalen Bundesstaates gewesen. Die Demokratie sollte mit kundigen Bürgern (anfänglich bekanntlich nur Männer) langfristig gesichert werden. Dieses Fundament geriet ab den siebziger Jahren ins Wanken: Die einst staatstragende FDP wandelte sich zu einer staatskritischen, auf die Wirtschaft fokussierten Partei. Bei den Wahlen 1979 warb sie entsprechend mit dem Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat». Bildungspolitik genoss kaum mehr Priorität. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse und die FDP fokussieren in ihren gegenwärtigen Positionspapieren zur Bildung auf den ökonomischen Kontext, sehen diese primär als Faktor im Standortwettbewerb. Aussagen zum Zusammenhang von Bildung und Demokratie oder zu den Selbstermächtigungskräften des Individuums sind bestenfalls von untergeordneter Bedeutung.

Bereits die Auswahl und die Präsentation von Wissen basieren auf politischen Entscheidungen: Eine neutrale Pädagogik existiert nicht! Die Wertvorstellungen von Erziehenden bilden einen Aspekt von vielen, die das politische Bewusstsein von Jugendlichen beeinflussen. Solange über Themen, die in Wissenschaft und Politik umstritten erscheinen, auch im Schulzimmer kontrovers diskutiert wird, ist dies verkräftbar. Gleichwohl sollten sich Lehrpersonen an der politischen Neutralität orientieren. Für das Lernklima in einer pluralistischen Demokratie ist es fundamental, dass Jugendliche sich nicht nur trauen, ihre Ansichten zu äussern, sondern durch den Unterricht auch befähigt werden, sich eine eigene Meinung zu bilden. Bei den Verfassern der Maturaarbeit im Kanton Aargau scheint dies funktioniert zu haben.

Andreas Fannin



Andreas Fannin, 37, ist Historiker und unterrichtet Deutsch und Geschichte an der Kantonsschule Zürcher Oberland in Wetzikon. Daneben schreibt er eine Dissertation zur Entwicklung der Geschichtslehrmittel in der Schweiz seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Fannin publiziert regelmässig zu Bildung und Geschichtskultur.